

# **Ich, ein Bürger in Wut – ich bei BIW**

## **Von der SPD zu BIW**

1968 trat ich der SPD bei, aber erst 2006 wurde ich in der SPD und für die SPD politisch aktiv: Im Ortsverein „Weidedamm“, im Ortsbeirat Findorff, im Arbeitskreis „Christen in der SPD“ und in der Arbeitsgemeinschaft „SPD 60 plus“. Im Februar 2013 wurde ich Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft (MdBB) für die SPD und dadurch Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion. Im April 2013 schloss mich die Fraktion wieder aus, im August 2013 tat es ihr die Partei nach. Die jeweilige Begründung war, ich hätte mich auf meiner Homepage „rassistisch“ und „frauenfeindlich“ geäußert und damit der Partei geschadet. Das war keine Begründung, nicht einmal eine Rechtfertigung, sondern eine Ausrede. Die Bezeichnungen „rassistisch“ und „frauenfeindlich“ sind keine analytischen Begriffe. Sie dienen der Diffamierung und Einschüchterung. Es sind rhetorische Mittel. Ebenso beliebt sind historische Vergleiche vom Typ: „XY ist ein Nero, wie er im Buche steht!“, „Sie Pharisäer!“, „Sie Bolschewist!“, „Sie Faschist!“. Mich zum Beispiel verglich die „taz Bremen“ mit Heinrich Himmler (1900-1945). (Die taz war einmal ein herrlich dadaistisches Blatt. Auf S. 5 wurde eine Position vertreten, die völlig konträr zu einer anderen Position stand, die auf S. 15 stand. Vorbei, vorbei.)

Ging es der SPD, der ich ja immerhin einige Jahre treu gedient hatte, als sie so mich diffamierte, darum, Menschen davor zu bewahren, von mir diskriminiert zu werden? Mitnichten! Ich hatte in meinen Artikeln ja angemahnt, sich endlich nicht nur um fiktive Gruppen zu kümmern, sondern um die wirklichen Roma und Frauen und um eine Demokratisierung der Partei. Ich bin gerne der Geist, der stets verneint, wie es Goethe (1749-1832) im „Faust“ nennt. Das ging den dogmatischen Hardlinern der SPD gegen den Strich. Sie wollten mit aller Macht verhindern, dass ich in die SPD-Fraktion der Bürgerschaft Unordnung hineinbringe. Sie wollten mich vertreiben. Dazu nagelten sie mich auf politisch unkorrekte Positionen fest. Den Satz „Du bist für mich ein expliziter Rassist!“, schleuderte mir mal die Genossin XY entgegen, mal der Genosse YZ. Was immer ein „expliziter Rassist“ sein soll. Einschüchternde Fremdworte ohne Verstand. Der Sinn hingegen ist klar. An mir bewahrheitete sich der Satz von Franz Josef Strauß (1915-1988): „Feind, Todfeind, Genosse.“

In dieser Auseinandersetzung ging es der SPD nicht um Aufklärung, Ausgleich und

Annäherung, sondern es ging es um Politik und in der Politik geht es nun einmal um Macht. Wie es in der Bibel heißt: „Macht Euch die Erde untertan!“ Dazu gehört, durch Gehorsam und Ausgrenzung die politische Herrschaft über das Volk zu erringen und zu sichern, mit dem Volk oder gegen das Volk. Deswegen verbündet sich eine Partei mal mit dieser und mal mit jener anderen Partei und bekämpft die jeweils gegnerische. Darum redet man die Verhältnisse mal schön und mal schlecht – je nach dem, was im Augenblick günstig ist. Die Sache ist nur die: Man kann es auch übertreiben. Das tat meine SPD.

Ich verstehe die Vorbehalte gegen mich durchaus. Ich beteilige mich zwar auch an den Spielchen der Politik, und es sind ja Spiele, aber ich bleibe nach Möglichkeit auch Philosoph und bewahre mir mein unabhängiges Urteil. Keine Partei und keine Institution, die ich kenne, in der es um Macht geht, freut sich über solche Mitglieder und Repräsentanten, wie ich einer bin. Sogar immer weniger. Parteien und Bürger entfernen sich immer weiter voneinander.

Hans-Christoph Hoppensack ist ein allseits geschätzter Bremer Sozialdemokrat aus dem Bilderbuch. Er war schier seit Menschengedenken Staatsrat für Soziales und ist immer noch in vielen Bereichen ehrenamtlich tätig für das Wohl der Stadt und ihrer Menschen. Er sagte in einer Tischrede bei einem Benefizessen der „Freunde und Förderer der Villa Ichon“ in Bremen am 07.12.2012 zur Frage „Ist die Demokratie noch zu retten?“:

*Fragt man die Menschen auf der Straße nach ihrer Einstellung zu Parteien, so kommen diese im Allgemeinen sehr schlecht weg. Selbst die Parteimitglieder trauen der eigenen Partei nicht mehr sehr viel zu. Die Wähler/innen jedenfalls haben nicht den Eindruck, dass sie die wirklich Tätigen sind, auf die es ankommt.*

Ich stimme Hans-Christoph Hoppensack zu. Er war so mutig, den Verdacht auszusprechen, dass es den Parteien weniger um die Bürger als vielmehr um das eigene Wohl geht. (Dafür wird ihn die Partei nicht bestrafen. Er hat sozusagen Bestandsschutz, denn er will nichts mehr werden und an ihn traut sich niemand heran). Die Autorität der SPD bei der Bevölkerung ist durch solche offenen Worte nicht angekratzt. Warum auch? Die Partei selber hat Bestandsschutz. Der Glaube der meisten Wähler in Bremen an die SPD ist trotz aller erkennbaren Misere, in der sich Bremen in fast allen Lebensbereichen befindet, so ungebrochen, wie es der Glaube unserer Vorfahren an den Kaiser oder der Glaube der meisten DDRler an die SED war – bekanntlich selbst über den Untergang des Kaiserreiches 1918 bzw. der

DDR 1990 hinaus. Wir leben nicht im Kaiserreich und nicht in der DDR. Von daher müssten wir viel demokratischer gesonnen sein und handeln, ganz entsprechend der viel größeren „Beinfreiheit“, wie Peer Steinbrück das so treffend nannte. Über diese Beinfreiheit, mag sie auch noch so gering sein, verfügt jeder Bürger. Dieser Freiheit begibt er sich ohne Not und freiwillig, allemal lustvoll in der Menge und früher gerne auch mit Gesang. Beispiel DDR (1949-1990):

### Das Lied der Partei

*Sie hat uns alles gegeben.  
Sonne und Wind und sie geizte nie.  
Wo sie war, war das Leben.  
Was wir sind, sind wir durch sie.  
Sie hat uns niemals verlassen.  
Frör auch die Welt, uns war warm.  
Uns schützt die Mutter der Massen.  
Uns trägt ihr mächtiger Arm.  
Die Partei, die Partei, die hat immer Recht!*

(Text und Musik: Louis Fünberg, 1950)

Bei mir war das im Februar 2013 anders. Fraktion und Partei schlossen mich aus. Allerdings mich zum Rücktritt von meinem Amt als MdBB zu bewegen, schafften sie (wider Erwarten) nicht. Doch plötzlich stand und saß ich allein da.

„Allein machen sie dich ein“, sang die Gruppe „Ton Steine Scherben“ 1971. Stimmt. Darum bin ich seit Oktober 2013 wieder parteipolitisch eingebunden, diesmal als Mitglied der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) und als Mitglied unserer Abgeordnetengruppe in der Bürgerschaft unter demselben Namen.

„BÜRGER IN WUT“. Der Name lässt aufhorchen. Ich bin noch nicht lange dabei, aber ich sehe das so: Wir BÜRGER IN WUT sind nicht etwa wütend darüber, dass unser Leben oder das der meisten Bremer Bürger elend und trostlos wäre. Das Gegenteil ist der Fall: Es geht uns Bremern, historisch und weltweit gesehen, zwar noch gut, uns beunruhigt jedoch eine Tendenz: Es geht abwärts mit Bremen! Was uns nicht nur verstimmt, sondern zornig und eben wütend macht, ist die herrschende Politik in Bremen. Sie hat diese schöne Stadt innerhalb der letzten Generation heruntergewirtschaftet: finanziell, wirtschaftlich, sozial, kulturell, bei der Bildung, im Straßenbau, im Hochbau und in der Inneren Sicherheit – also praktisch in allen

Bereichen des öffentlichen Lebens. Viele Bremer Bürger, darunter ich, der ehemalige Genosse Korol, aber eben auch BÜRGER IN WUT, rieten, warnten und mahnten immer wieder. Vergeblich.

Die schönste Deutung für diese Art von Wut fand ich in der „Bremer Kirchenzeitung“, in der Ausgabe Juni bis Oktober 2014. Sie zitiert den Musiker, Liedermacher, Komponist, Schauspieler und Lyriker Konstantin Wecker mit folgendem Satz:

*Ich möchte immer mehr ein Liebender werden, gleichzeitig packt mich aber angesichts der gesellschaftlichen Zustände oft die Wut. Ohne Wut wird sich gesellschaftlich nichts verändern, wobei man nur aus Liebe handeln sollte.*

So denke ich auch und so ist es um den Geist bei uns „Bürgern in Wut“ bestellt.

Viele Vertreter der etablierten Parteien in dieser Stadt, wo man sich fast so kennt wie in einem Dorf, reden nicht mit uns BÜRGER IN WUT oder reden uns schlecht. Klar: Es geht ihnen um die Macht in Bremen, gerne auch mit Tantiemen verbunden, um Anteil daran oder gar, so bei der SPD, um den Erhalt der Vorherrschaft, die sie seit Jahrzehnten innehaben. Sie versuchen, Kritiker wie uns BÜRGER IN WUT klein zu halten. Die führenden Bremer Medien unterstützen sie dabei. „Bremer Nachrichten“/ „Weser-Kurier“ (WK/BN) und Radio Bremen (RB) ignorieren uns. Sie sind weitgehend zu Sprachrohren der SPD verkommen. Manchmal ist es schwer zu verschweigen, dass es uns gibt. Dann stellen sie uns sogleich als Gefahr für die Gesellschaft hin. Wir seien „rechts“ – was auch immer das sein mag.

Wir BÜRGER IN WUT wissen, dass wir nicht nur demokratisch und sozial gesonnen sind, sondern auch konservativ – und das ist gut so, um ein geflügeltes Wort eines bekannten Sozialdemokraten aufzunehmen. Definiert man „links“ als „der einzelne steht im Mittelpunkt, nicht die Gruppe“, als „antiautoritär“ und als „politisch aktiv von unten nach oben“, dann sind wir BÜRGER IN WUT linker als jede der etablierten Parteien. Bremen braucht Menschen wie uns dringend wie nie angesichts einer Übermacht von Menschen, die ihr Geld von der Allgemeinheit bekommen, aber in erster Linie für sich selber sorgen.

Wir BÜRGER IN WUT und unsere Wähler sind gewiss keine besseren Menschen als die Mitglieder anderer Parteien. Die Regeln der Gruppendynamik und der Kommunikation gelten für uns wie für jede Partei und Gruppierung. Was uns auszeichnet, ist, dass wir bereit sind, das zu halten, was wir den Bürgern versprechen.

Damit tun sich die etablierten Parteien schwer.

Laut Grundgesetz (GG) ist das Volk der Souverän im Staat. Das ist wohl kaum tatsächlich der Fall. Die Abgeordneten der Parlamente sollten dem Auftrag ihrer Wähler entsprechen handeln und ihre Stimme abgeben, aber sie unterliegen samt und sonders der Fraktionsdisziplin, in Österreich netterweise „Klubdisziplin“ genannt, aber auch „Fraktionszwang“ oder „Klubzwang“. Gemeint ist allemal der Druck, dem die Abgeordneten von Seiten der Fraktionsführung und der anderen Fraktionsmitglieder ausgesetzt sind und der sie dazu bringen soll, die eigene Position zugunsten der Fraktionssicht zurückzustellen. Linke Parteien bezeichnen diesen Zwang gar als „Fraktionssolidarität“. Nun ja, die deutsche Politik liebt Euphemismen. Die Wirklichkeit sind anders aus: Wer von den Abgeordneten nicht brav ist und nicht gehorcht, wird gemobbt und kommt nicht mehr auf die Kandidatenliste. Das Volk wird regiert und mit Hartz IV, Sonderangeboten und Fußball ruhig gestellt.

Noch vor einer Generation war die Welt in Bremen politisch noch einigermaßen in Ordnung: Es gab Regeln, Vorschriften und Gesetze. Daran hielt man sich. Wer das nicht tat, wurde bestraft, konnte sich aber auch ordentlich wehren. Wir lebten in einem Rechtsstaat. Was nicht geklärt war, wurde im Rahmen der Meinungsfreiheit ausdiskutiert. Heute haben wir doppelt und dreimal so viele Regeln, Vorschriften und Gesetze, aber die Achtung davor und vor den Menschen, die der Staat zu deren Einhaltung beschäftigt, nimmt täglich ab. Der Staat schafft sich tatsächlich ab, wie Thilo Sarrazins Buch in seinem 2010 erschienenen Buch „Deutschland schafft sich ab“ vermutete. Erstaunlicherweise profitiert von diesem gewachsenen anarchischen Element nicht die Freiheit des Geistes in Deutschland. Im Gegenteil. Eine Art Meinungsdictatur macht sich breit, die im Rahmen einer „Politischen Correctness“ die Meinungsfreiheit beschneidet. Ich habe mitunter den Eindruck, dass wir auf dem Weg in eine „formierte Gesellschaft“ sind, wie das in den 50er Jahren hieß – formiert durch eine Gedankenpolizei, wie sie George Orwell (1903-1950) in seinem Roman „1984“ von 1949 beschrieb, aber ohne Polizei und ohne rohe Gewalt. Wir leben in einer (Des-)Informationsgesellschaft. Um uns beherrschen, genügt den Herrschenden ein Austausch der Informationen über uns.

1968ff. träumten viele Jugendliche und ich eben auch von eine Gesellschaft, die auf dem Recht ihrer Bürger beruht, sich umfassend zu informieren, frei, differenziert und reflektierend zu denken, sich zu äußern und entsprechend politisch tätig zu werden,

als Bürger, als Wähler oder als Mitglied in Gruppen und Parteien. Natürlich schützt, so wähnten wir, das GG auch unkonventionelle, unübliche oder weniger durchdachte Meinungen vor Verfolgung. Doch das war graue Theorie. „Die Gedanken sind frei.“ Das war einmal. Die gängigen Medien füttern uns mit denselben ausgesuchten Nachrichten. Wie Bremen anders denkt, findet sich mittlerweile gerade noch in Leserbriefspalten der Zeitungen, in Kommentaren auf den Webseiten der Medien, in Blogs und im privaten Gespräch. Das ist schlimm für die Demokratie.

Die Welt wird immer enger, die Menschen kommen sich immer näher und das immer schneller. Die Identitäten der Stämme, Regionen, Nationen und Kontinente lösen sich auf. Die Unterschiede zwischen den Kulturen, aber auch zwischen den Gruppen und Parteien und ihren politischen Positionen, schwinden. Der Einfluss des Kapitals, dessen Welt uns fremder ist als die jedes anderen Lebensbereiches, steigt tagtäglich – hinter unserem Rücken. Der Einfluss der einzelnen Staaten und des jeweiligen Staates und so auch der von Parteien auf die Geschicke eines Landes nimmt immer mehr ab. Immer weniger Reichen gehört immer mehr, den Vielen gehört immer weniger. „Akkumulation des Kapitals, Konzentration und Zentralisation“ nannte Karl Marx (1818-1883) diesen Prozess. Die Herrschaft des Kapitals über die Welt zeugt sich schon darin, dass nicht mehr das Militär der geheimnisvollste Bereich ist, sondern der des Finanzkapitals. Die moderne Armee wird nicht mehr primär nach militärischen Gesichtspunkten geführt, sondern entsprechend den Vorgaben von PR-Agenturen. Das Finanzkapital hat die meisten Staaten dazu getrieben, bis hin zur Bewegungslosigkeit zu verschulden. So bewahrheitet sich auch die Prognose von Marx, der Staat werde sich auflösen. Vater vor- und fürsorgende Staat ist ziemlich ohnmächtig geworden. Wir merken das im Alltag: Nie waren Politiker, Polizisten, Priester, Apotheker, Lehrer und Ärzte weniger angesehen als heute. Kein Krankenhaus und kein Altersheim kann es sich noch leisten, das Wohl der Kranken und der Alten für höher zu erachten als schwarze Zahlen in der Bilanz. Die modischen Schulreformen: Wahlfreiheit, Ganztagschule und Inklusion, sind unbezahlbar. Schon deswegen misslingen sie pädagogisch und sozial. Sie treiben den Staat bis hin zur kleinen Gemeinde noch weiter in die Schuldenfalle. Ist das vielleicht ihr Sinn, wie alles aus der Sicht der Finanzwelt sinnvoll ist, was die Politik entmachtet und aus mündigen Bürgern Konsumenten macht?

Das gilt auch für Bremen. Gegen diesen Trend kämpften wir BÜRGER IN WUT,

während die etablierten Parteien: CDU, SPD, FDP, Grüne und selbst auch die Linke sich anstrengen, an dieser Entwicklung Anteil zu haben, und danach gieren, sich von ihr mittragen zu lassen. Darum werden sie sich untereinander immer ähnlicher. Kein Zweifel: Wir BÜRGER IN WUT sind machtpolitisch völlig unbedeutend. Aber weil wir konservativ denken, Ideale pflegen und den Staat nicht der Finanzwelt überlassen wollen, sind wir die natürlichen Gegner der etablierten Parteien und deren Klientel in Ämtern, Verbänden und der Wirtschaft. So wie die Kirche nicht nur einen Himmel braucht, um die Menschen zur Gefolgschaft zu gewinnen, sondern auch einen Teufel, um die Menschen damit einzuschüchtern, so brauchen die etablierten Parteien uns BÜRGER IN WUT.

Entsprechend behandeln sie uns. Der Kampf um die politische Macht wird vor Ort immer härter. Wir werden das im Wahlkampf zur nächsten Bürgerschaftswahl 2015 erleben. Er hat im Grunde schon begonnen.

### **Zwischen kultureller Tradition und digitaler Moderne**

Noch nie in der Geschichte war die Chance so groß, dass die Menschen weltweit in all ihrer Verschiedenheit ihr Leben im Rahmen eines enormen Verhaltensspielraums individuell gestalten können – frei von oktroyierten religiösen oder weltlichen Wertekategorien und frei von der Bevormundung durch überkommene Strukturen und Organisationen. Wir begrüßen das. Wir sind offen für die neue Welt, sofern sie dem Menschen dient. Doch wir sind skeptisch gegenüber allen Heilsversprechen von Politik und Wirtschaft. Darum halten wir fest an der Familie als Kern und der Stärkung des Mittelstandes als Rückgrat der Gesellschaft, Existenzvoraussetzung für jede Form der menschlichen und gesellschaftlichen Zukunft. Randgruppen erfahren Gerechtigkeit, bleiben aber am Rand. Nicht der Konsum steht im Vordergrund, sondern die menschenwürdige und auskömmliche Arbeit. Mann und Frau, Mutter und Vater sind gleichberechtigt und teilen sich die Arbeit, im Haus und außer Haus. Kitas sind kein Muss. Wir BÜRGER IN WUT wollen die Zivilgesellschaft stärken, d. h. Verbände und Vereine und Bürgerinitiativen modernisieren. Weite Teile der Bürokratie in Stadt sind ohne ernsthafte Kontrolle, ignorieren die Politik oder treiben sie gar vor sich her. Wir wollen die Qualität der Bildung an Schulen verbessern, statt sie durch immer neue – in der Regel völlig kontraproduktive – Organisations“reformen“ unüberschaubar zu machen und das eigentliche Ziel zu

verraten – Bildung. Zuhause, in Kita und Schule lernen die Kinder und Jugendlichen, was Demokratie ist und welches Rüstzeug sie dafür brauchen. Schon daran hapert es bei uns. Man nehme nur dieses kleine Beispiel: In den Klassen 5-10 stehen laut Stundentafel für die drei Fächer Geographie, Geschichte und Politik zusammen nur insgesamt 21 Wochenstunden zur Verfügung, d. h. im Durchschnitt pro Jahrgang 3,5 Wochenstunden, Unterrichtsausfall nicht inbegriffen. Eine Wende ist nicht erkennbar. Wie soll da „Bildung“ möglich sein?! Darum wird mir und uns BÜRGER IN WUT vor der Zukunft ein wenig bang.

Wir treten ein für die Rechtsstaatlichkeit und das Wertesystem der abendländischen Kultur eines bürgerlichen Gesellschaftsentwurfs. Wir BÜRGER IN WUT sind Gegner jeder von oben verordneten „Political Correctness“. Wer den Anspruch auf seine Deutungshoheit über die im GG garantierte Meinungsfreiheit für alle stellt, will nicht Erkenntnis und Wahrheit, sondern die Bürger einschüchtern und ihnen ein schlechtes Gewissen machen, um sie zu gängeln. Das war schon immer der Königsweg zur Macht. Sich dagegen aufzulehnen, erfordert Mut und kostet Kraft.

### **Die etablierten Parteien am Ende**

Der Wille dazu fehlt, soweit ich Bremen kenne, mittlerweile den meisten Mitgliedern, Funktionären und Führungskräften der etablierten Parteien und den meisten Beschäftigten in den angestammten Medien Presse, Rundfunk und Fernsehen. Sie stellen ihre eigene Position nicht infrage, sie dürfen und können es nicht, selbst wenn sie es wollten. Sie missionieren stattdessen im Sinne des Hauses, dem sie angehören. Dafür werden sie mit einem Posten belohnt, mit einem Arbeitsplatz für sich und vielleicht sogar noch mit einem weiteren für einen der ihren die Seinen oder gar mit einer Pfründe – wenig Arbeit, viel Geld. Das ging so über Jahrzehnte. Der berühmte „Bremer Filz“ entstand – eine Verquickung von SPD, Koalitionspartnern, Öffentlichem Dienst, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Einrichtungen, Medien und ausgesuchten Firmen. Es waren für die dort Beschäftigten beschützende Einrichtungen. Auch hier löst sich manches auf. Heutzutage ist schon ein fester Arbeitsplatz Gold wert. Das Motto ist geblieben: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral!“ (Brecht, Dreigroschenoper, 1928).

Es wäre an der Zeit, dass mehr Menschen den Mut fänden, dagegen aufzubegehren. Das Gegenteil ist der Fall. Die meisten Alten werden immer zahnloser. Zum



politischen Kampf sind sie immer weniger bereit oder in der Lage.

Von einer politischen Jugend ist wenig zu merken. Der Untergang der Piratenpartei ist noch schlimmer als der Untergang der FDP. Die meisten Jugendlichen freuen sich, wenn sie ein Produkt oder eine Dienstleistung umsonst bekommen, ohne zu merken, dass sie dann selber das Produkt oder die Dienstleistung sind. Die meisten Älteren haben wenigstens noch eine Vorstellung von Demokratie, die immer neu erkämpft werden muss. Daran fehlt es den meisten Jüngeren. Sie sind in der Konsumwelt groß geworden und verwöhnt wie keine Generation vor ihnen – von Eltern und Großeltern, von Lehrern und Sozialpädagogen. Nur die wenigsten von ihnen haben gelernt, hart zu arbeiten und zu kämpfen – sozial, politisch und intellektuell.

Die Welt der Jugendlichen ist mir fremd geworden. Ich erfahre darüber aus der Zeitung. Am 28.06.2014 brachte WK/BN unter dem Titel „Adieu Schule!“ einen Artikel von Sara Sundermann über die junge Abiturientin Hannah. Dort heißt es u.a.:

*Die vergangenen Wochen und Monate nach den Prüfungen waren eine echte Ereignisschlacht. Abschied nehmen, reisen, feiern. Die Zeit verdichtet sich, zieht sich zusammen, für Schlaf bleibt wenig Raum. „Ich bin ganz schön fertig“, gibt Hannah zu. „In jeder Situation, in der ich schlafen kann, schlafe ich, auch tagsüber.“*

*Der Erlebnismarathon begann Ende Mai mit einer Fahrt mit Mitschülern nach Lloret de Mar in Spanien. Jeden Abend gab es für die Reisegruppe freien Eintritt in eine andere Disco vor Ort. „Abends ausgehen, tagsüber schlafen“, sagt Hannah.*

Ich erlaube mir dazu eine Anmerkung, die nicht böse gemeint ist, sondern nur den Unterschied zu früheren Zeiten aufzeigt: Der Artikel erschien am 28.06.2014, auf den Tag genau 100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo. In den darauf folgenden Jahren bis zum Kriegsende am 11.11.1918 galt Hannahs Satz: „In jeder Situation, in der ich schlafen kann, schlafe ich, auch tagsüber“, für Millionen von Soldaten.

Dazwischen liegen Welten. Eines allerdings verbindet die meisten Soldaten von damals und die meisten Jugendlichen von heute: Damals begehrten nur die wenigsten Soldaten gegen das Leiden und Sterben auf und heute outen sich nur wenige Abiturientinnen und Abiturienten als Gegner solchen exzessiven Feiern nach dem Abitur. Als Außenstehender kann man darüber nur staunen.

Sei's drum. Gönnen wir Hannah und ihren Freundinnen und Freunden das Feiern. Sie werden es noch schwer genug haben im Leben. Für einige von ihnen wird die gesamte Schulzeit, von der sie sich in den letzten Monaten meinten erholen zu

müssen, die schönste Zeit ihres Lebens sein. Die meisten Menschen heute sind schon froh, wenn sie es gerade noch schaffen, sich den immer schneller verändernden Verhältnissen anzupassen. Sie denken und handeln immer mehr stromlinienförmig. Sie wissen: Wer durch Eigenheiten aneckt und dumm auffällt, wird ausgegrenzt. Wer will das schon?!

Wir BÜRGER IN WUT nehmen das auf uns. Wir sind gewiss nur ein kleiner Haufen und ausgegrenzt. Die etablierten Parteien sind zigfach größer, aber, man beachte: Sie verlieren immer mehr Mitglieder und das seit Jahren. Dabei sind es häufig genug nicht gerade die schlechtesten Menschen, die den Parteien den Rücken kehren. Im Gegenteil: Es sind eher die Sensiblen und die Intellektuellen, die sich einsetzen für Ideen und Ideale und nun enttäuscht sind von dem, was sie an Übel in den Parteien entdecken und erleben. So wird auch das geistige Potential in den Parteien immer geringer, bis schließlich der Sekretär mächtiger ist als der Vorsitzende. Das führt zum vorzeitigen Untergang.

Der kommt mitunter schnell. Die Bremer FDP, lange Jahre als Koalitionspartner der SPD an der Macht und hoch geachtet, löste sich vor drei Jahren innerhalb weniger Monate auf. Dass sie je von den Toten aufersteht und zu alter Größe erstarkt, ist unwahrscheinlich. Anstatt daraus zu lernen und sich zu stärken, indem sie ihren kleinen Kosmos demokratisieren, vergessen SPD, CDU, Grüne und Linke immer mehr ihre Herkunft und ihr Programm und folgen den Anweisungen ihrer PR-Agentur. Nach außen hin demonstrieren sie wie gewohnt eine Einigkeit des Parteivolks mit der Parteiführung, die an Zeiten der DDR erinnert, indem sie auf Versammlungen ihre Leitfiguren „mit überwältigender Mehrheit“ wählen. Gar 100% der Genossinnen und Genossen der Bremer SPD gaben vor vier Jahren auf einem Landesparteitag Jens Böhrnsen als dem „Spitzenkandidaten“ der Partei für die Wahl zur Bürgerschaft 2011 ihre Stimme. Da war nicht einer, der seine Zweifel an „Jensis“ Führungsqualitäten kundtat. Ich übrigens auch nicht, der ich ja damals noch dabei war. Heute frage ich mich: Wird Jens Böhrnsen vor der Geschichte anders dastehen als seine Vorgänger im Amt – als Totengräber Bremens?! „buten un binnen, wagen un winnen“ ist ein stadtbekanntes Motto in Bremen. Doch was wagte Bürgermeister Böhrnsen? In welchem Bereich und Ressort gewann Bremen in seiner Amtszeit?

Die Mitglieder des „Bremer Filzes“ stellen sich routiniert als fortschrittlich dar. Jedes noch so unwesentliche Thema, das auf den Tisch kommt, nehmen sie auf und

streben darüber die Meinungshoheit an. Das gelingt bei den Bürgern, die von ihnen abhängig sind, am besten, wenn man sich als „sozial“ präsentiert. Darin üben sich mittlerweile alle etablierten Parteien: Vorneweg die SPD, schon vom Namen her. Das ist mittlerweile nur noch ein Märchen, aber darauf beruht nun einmal ihr schier unbesiegbarer Nimbus. Auch die CDU gibt sich sozial. Sie hatte zwar schon immer einen „sozialen Flügel“; der heute aber weniger Einfluss hat denn je. Die Partei „Die Linke“ gibt sich gerne radikalsozial. Sie ist sogar bereit, zur Unterstützung ihrer Klientel die Verschuldung des Staates noch weiter zu steigern und ihn damit noch mehr zu schwächen. Zur Erinnerung: Just das betrieb die asoziale DDR, der Teile der Linken noch hinterher trauern. Die DDR ging 1989 an Staatsschulden in Höhe von (umgerechnet) 50 Milliarden \$ gegenüber nichtsozialistischen Staaten zugrunde. Bremen hat heute 20 Milliarden € Schulden und das bei 655.000 Einwohnern. (Aufgabe: Vergleiche die Schulden Bremens mit der der DDR, die 1989 16 Millionen Einwohner hatte!).

Und überhaupt: Wie können die in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien „sozial“ sein, haben sie doch allesamt, um nur den Haupteinwand zu nennen, den vor- und fürsorgenden Sozialstaat in die Pleite getrieben?!

Die Zahl der Bürger, die keine Lust mehr haben, zur Wahl zu gehen, nimmt zu. Sie glauben den Versprechungen der Politik nicht mehr, sind aber auch nicht bereit, sich einzumischen. Das beschleunigt genau den Zerfall und genau die Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die SPD, CDU, Grüne und Linke gerne lauthals beklagen und zu deren Rettung sie wohltonende Projekte auf Staatskosten installieren wie „Wohnen in Nachbarschaft“ oder gar einen „Armutsausschuss“.

Nur wenige Menschen durchschauen dieses Spiel, das die herrschende Politik mit uns treibt. Das ist ja auch nicht leicht. Von denen, die durchblicken, was da läuft, meldet sich kaum jemand öffentlich zu Wort. Davor hat man Angst. Ich verstehe das. Ich weiß, wovon ich rede: Die meisten meiner Genossinnen und Genossen und derjenigen Menschen, die mich kannten, zum Teil seit Jahrzehnten, hatten gegen meinen gezielten Ausschluss aus Fraktion und Partei der SPD im Verlauf des Jahres 2013 nichts einzuwenden. Es gab keinen Aufschrei einflussreicher Persönlichkeiten und politisch engagierter Gruppen gegen diese politische Untat, die allemal schlimmer war als das, was ich auf meiner Homepage angeblich „rassistisch“ und „frauenfeindlich“ und „parteischädigend“ geäußert hatte. Selbst aus der Universität,

dem Hort des Geistes, und von Seiten meiner Gewerkschaft, der GEW, war nichts zu hören.

Wen ich darauf hilfeschend ansprach, der duckte sich in der Regel weg, selbst gestandene Männer und Frauen und ansonsten kritische Geister. Einzig in den Leserbriefspalten versammelte sich ein Fähnlein der Aufrechten und focht für meine Sache und gegen die Praktiken der SPD und der ihr verbundenen Medien. Treffend fand ich einen Leserbrief in der „taz Bremen“ vom 24. Oktober 2013, die meinen Wechsel zu BÜRGER IN WUT mit den unter Linken üblichen Phrasen wie „rechtspopulistisch“ kritisiert hatte. Eine Leserin schrieb dazu: „Wenn in einem Artikel das Wort ‚rechtspopulistisch‘ vorkommt, lese ich nicht mehr weiter. Man erkennt die Absicht und ist verstimmt.“

Am 01.07.2014 trat die Bremische Bürgerschaft zusammen, um einen Untersuchungsausschuss über die chaotischen Zustände auf der Neubaustelle des Krankenhauses St. Jürgen in Bremen-Mitte einzurichten. „Focus Online“ meldete dazu am selben Tag:

*Mit einem Minderheitenvotum beschlossen die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft am Dienstag auf einer Sondersitzung die Einsetzung des Ausschusses. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen enthielten sich, die Abgeordneten der Fraktion Die Linke stimmten dagegen. Den Antrag hatten die CDU-Fraktion und die beiden Abgeordneten der Gruppe Bürger in Wut (BIW) gestellt. Sie kommen zusammen auf 22 Stimmen, 21 sind für den Ausschuss nötig. Geprüft werden sollen unter anderem die Kostensteigerungen in Millionenhöhe und der Zeitverzug beim Bau.*

Die Debatte darüber in der Bürgerschaft verlief recht ruhig. Nur der Fraktionsvorsitzende der Grünen konnte nicht an sich halten. Er warf der CDU vor, sie betreibe den Untersuchungsausschuss nur mit Blick auf die Neuwahlen zur Bürgerschaft am 10. Mai nächsten Jahres und habe sich dazu mit „Rechtspopulisten“ verbündet. Gemeint war unsere Gruppe BÜRGER IN WUT. Was sollte das? Schauen wir genauer hin: Der Informationsgehalt des Wortes „Rechtspopulisten“ ist nicht größer als der von „Arschloch“: Dort wird ganz vage eine politische Richtung angedeutet, hier wird eine Körperregion bezeichnet und das sogar recht genau. Und der Begriff „Populisten“ ist ja nun noch weit unpräziser als das Wort „Loch“.

Begriffe wie „Nazi“, „rechtslastig“, „rechtspopulistisch“, „faschistisch“, „faschistoid“, „rassistisch“ oder auch „frauenfeindlich“ zeugen nur von Aggressivität. Sie taugen

dazu, diejenigen Menschen auszusondern, die sich außerhalb der Political Correctness bewegen, die anders denken und schreiben, als die herrschenden Kreise es vorschreiben. Sie werden im Rahmen täglich wechselnder Anti-Programme wegen „Rassismus“ oder als „Sexisten“ verdammt – je nach dem, was gerade „in“ ist. Was in ist, verkünden uns die herrschenden Medien. Auch hier herrscht der Trend zur Monopolisierung. Es gibt immer weniger, die immer mächtiger werden. Vielfalt war einmal, Pluralismus ist out.

### **„Weser Kurier“/„Bremer Nachrichten“ und Radio Bremen**

WK/BN und RB haben in Bremen eine monopolartige Stellung. Sie sollten eigentlich zur Aufklärung und Meinungsvielfalt beitragen. Sie prägen seit Jahrzehnten die öffentliche Meinung in Bremen. Doch anders als noch vor einer Generation sind WK/BN und RB ökonomisch, intellektuell, kulturell und politisch nur noch Schatten ihrer selbst.

WK/BN. War das nicht die Zeitung, die seinerzeit den Baulandskandal aufdeckte und dafür Preise über Preise bekam?! Nein, keine Nostalgie! Aber so viel möchte ich denn doch sagen: Früher brauchte ich rund 30 Minuten, um morgens WK/BN zu lesen. Heute brauche ich fünf Minuten, samstags sieben. Gäbe es nicht ab und an Artikel von Jürgen Hinrichs und Wigbert Gerling und Cartoons von Til Mette, würde ich das Blatt abbestellen – Todesanzeigen, Horoskop und Leserbriefe wären mir zu wenig.

Apropos „Leserbriefe“. Vor Jahr und Tag fragte ich bei den Redakteuren von WK/BN nach, nach welchen Kriterien sie denn den einen Leserbrief veröffentlichten und den anderen nicht. Meinen Sie, dass ich darauf eine Antwort bekam? Natürlich nicht.

Radio Bremen. Wir ersparen uns den Nachruf auf Radio Bremen 2. Da kommen einem nur die Tränen. „Nordwestradio“ ist der Nachfolger. Wenige Hörerinnen und Hörer. Kein Hörfunksender in Norddeutschland kann dieser Welle in Text und Musik das Wasser reichen. Was da gesendet wird, ist, immanent gesehen, 1a. Schade nur, dass die Redakteure nur auf noch bürgerliche Kultur machen. „Affirmativ“ nannten wir das 1968 ff.. Ätzende und aufregende Untersuchungen und Kritik an Mächtigen in Kultur, Politik und Wirtschaft? Mit Namensnennung? Fehlanzeige.

Was hat die Hörfunkwelle Radio Bremen 1 mit Bremen zu tun? Wenig. Nicht einmal in den Nachrichten. In der Hauptsache gibt es Musik aus England und den USA.

Radio Bremen 1 ruft die Hörerinnen und Hörer unaufhörlich dazu auf, für die Sendung „Glückwünsche und Musik“ Musik zu bestellen. RB ist ja nahe am Hörer! Allerdings werden Wünsche, diesen oder jenen deutschen Schlager zu senden, abgelehnt. Selbst Adamo ist auf dem Index. Auf Nachfrage kommt der Hinweis, das passe nicht in das Profil von RB. Was ist denn das, frage ich nach, und wer das beschlossen hat. Keine Antwort. Fazit: Wir Bürger finanzieren einen Sender, der uns musikgeschmacklich bevormundet, übrigens mit dem Effekt, dass die meisten Hörerinnen und Hörer den Text der meisten Musiktitel, die RB 1 spielt, nicht verstehen, weil ihr Englisch dazu nicht ausreicht. Irre Situation. Als ob wir in einer Kolonie lebten.

Wie steht es denn nun um „buten un binnen“, das legendäre Lokalfernsehen von RB? Es gehörte sich über Jahre und Jahrzehnte für Menschen wie mich, die halbe Stunde zwischen halb acht und acht Uhr „buten un binnen“ zu sehen. Darüber sprach dann halb Bremern. Hans Jessen. Das ist lange her. Mittlerweile regiert auch da der Terror des Banalen, der Schlagzeilen und der Schlagworte, wie es in der Welt der kommerziellen Sender üblich ist.

Über die Videotextseite von N 3 mit ihren spärlichen Nachrichten über Bremen wollen wir kein Wort verlieren. Es lohnt nicht. Bitte abschalten.

Die Homepage von RB stellt seit Monaten die Bildungspolitik der rot-grünen Koalition kritisch dar. Das finde ich so angemessen wie mutig in diesem SPD-Ländle, dessen Bildungspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die SPD zu verantworten hat. Diese kritische Haltung wünschte man sich von RB auch in den anderen Bereichen, die in Unordnung sind und veröden. Wird es da je eine Wende geben?

Soweit ich sehe, schreiben und senden fast alle Redakteure in den meinungsbildenden und meinungsführenden Bremens Medien eher regierungskonform als kritisch, sieht man von BILD und „Weser-Report“ ab. Dazu passt: Unsere Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, die seit 2007 existiert, verschweigen WK/BN und RB immer noch, wo es nur geht. Jan Timke und ich sind als MdBB ziemlich aktiv. Doch in Text, Ton und Bild bei WK/BN und RB kommen wir praktisch nicht vor, sondern wir werden nach Möglichkeit ausgeblendet – im wahrsten Sinn des Wortes „geschnitten“.

Das war schon einmal anders: Als mich die SPD ab dem Februar 2013 wegmobbte, berichteten WK/BN und RB darüber genüsslich mit dem Hinweis, die SPD wolle mich

wegen meiner „rassistischen Äußerungen“ loswerden. Das blieb auch so, nachdem die Staatsanwaltschaft signalisiert hatte, dass sie keinen Anlass sähe, gegen mich wegen des Verdachts der „Volksverhetzung“ o.ä. Vorwürfe vorzugehen. WK/BN und RB verstießen mithin gegen das Gebot zur Unschuldsvermutung. Niemand hinderte sie daran, auch kein Medienausschuss, kein Presserat und kein Rundfunkrat. Wie auch?! Es handelt sich bei diesen Gremien, wie ich mir habe sagen lassen müssen, um „Akklamationsgremien“. Abgenickt wird, was vorgelegt wurde. Das ahnte ich nicht im Geringsten.

Bremen war einst bekannt für seinen Liberalismus. Die Zeit scheint vorbei zu sein. Ich habe den Eindruck: Nie seit 1945 wurden bei uns Andersdenkende so schnell und so hemmungslos verdammt wie heute.

Das will ich nicht einfach so hinnehmen. Dagegen kämpfe ich, allerorten und so auch als Mitglied von BÜRGER IN WUT.

Dass wir von BÜRGER IN WUT je an der Regierung beteiligt werden, ist unwahrscheinlich. Wir werden nicht einmal eine mächtige Oppositionsfraktion werden. Wir können schon froh sein, wenn wir bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft zu den zwei Plätzen am Katzentisch im Plenarsaal, an dem Jan Timke und ich jetzt sitzen, noch drei oder vier Sitze dazugewinnen. Wir können immerhin ein wenig dazu beitragen, den immer noch weit verbreiteten (Irr-)Glauben an den SPD-Filz zu erschüttern, der gut sei für Bremen, und die Globalisierung zu entschleunigen, um ihre negativen Folgen abzuschwächen, wo es nur geht.

Positiv gesagt: Wir BÜRGER IN WUT wollen den Wandel mitgestalten, den Bremen durchlebt. Politik machen, heißt bekanntlich, dicke Bretter zu bohren. Wer so viel an Feindseligkeit durch SPD und Medien aushalten musste wie wir, der kann das. Wir sprechen öffentlich darüber, was wir in Bremen gemeinsam tun können, um die Dauerkrise zu bewältigen, in der unser Stadtstaat seit einer Generation steckt.

Seit 2011 hat Bremen ein neues Wahlrecht, das zum ersten Mal in der Geschichte den Wählern ermöglicht, nicht nur für eine Parteiliste zu stimmen, sondern auch für einzelne Kandidaten – nach den Prinzipien „Panaschieren“ und „Kumulieren“. Das hat bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2011 bereits funktioniert.

Ich hoffe, wir BÜRGER IN WUT profitieren bei der Wahl zur Bürgerschaft am 10. Mai 2015 davon.

